



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/V/145

Hinweis

auf den Inhalt:

Hannover, den 24.6.1950

Ein Jahr nach Abzug der Besatzungstruppen	
Kommentar zu Korea	S.1
Ostasien in Gärung	S.3
Weniger Flüchtlinge, humaneres Gesetz	
Der Erfolg des Schlichtungsausschusses	S.4
Nachrichten aus der Ostzone	S.6
Die Bonner PV-Sitzung	S.7

## Ein Jahr nach Abzug der Besatzungstruppen

J.S. Korea ist öfter als einmal mit Deutschland verglichen worden: eine strategisch bedeutsame Lage, im Norden ein industriell hochentwickeltes Land mit kriegswichtigen Mineralien, eine Trennungslinie, die das Land in eine russische und eine amerikanische Interessenszone teilte, im Norden, dem ehemals russisch besetzten Gebiet, zielbewusste totale Bolschewisierung, im Süden das laissez faire westlicher Vorstellungen auch auf dem politischen Feld.

Im Zeitalter der Atombombe ist auch Goethes Sorglosigkeit entthront, die sich mit gefalteten Händen einer fast genieserischen Behaglichkeit hingab, "wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen". Der Kalte Krieg ist global, der heiße Krieg wird es sehr rasch, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Das bedeutet für uns, kaltblütig die Dinge zu untersuchen.

Auf Korea prallten die russischen und amerikanischen Gegensätze zu einem früheren Stadium aufeinander als in Deutschland. Zu einer Zeit, da man sich in Deutschland noch am gemeinsamen Liegesfeuer wärmte, begann in Korea bereits zwischen den russischen und amerikanischen Besatzungsgenerälen das diplomatische Schachspiel, das nun "mit anderen Mitteln" zwischen den russischen Nordkoreanern und den amerikanischen Südkoreanern fortgesetzt wird.

Im November 1947 stellte Moskau vor der Uno den ersten Antrag auf Abzug der Besatzungstruppen aus Korea. Der Antrag wurde abgelehnt. Am 30. Juni 1949 war es soweit. Die amerikanischen Soldaten brachten das Meerwasser zwischen sich und Korea, die Russen zogen sich in die Mandchurie zurück. Der strategische Vorteil für die Bolschewisten lag auf der Hand. Genau ein Jahr später hat Nordkorea zu schießen begonnen, nachdem vorher die politische Landschaft mit Vorschlägen über gesamt-koreanische Wahlen aufgelockert worden war. "Verräter der Nation" sollten selbstverständlich von den Wahlen ausgeschlossen sein, ebenso eine Kontrolle durch eine überparteiliche Instanz, in diesem Falle die UNO. Dafür standen im Hintergrund 200 000 nordkoreanische Soldaten Gewehr bei Fuss. Jetzt haben sie das Gewehr geschultert. Mit dem Ergebnis, daß sich Korea, wenn die internationalen Sicherheitsriegel versagen, zum Manöverplatz des dritten Weltkrieges entwickelt, so wie Spanien das Exerzierfeld des zweiten Weltkrieges war.

Noch ist es nicht so weit und nichts darf die Hoffnung erschüttern, daß der Weltsicherheitsrat die erste grosse Bewährungsprobe besteht. Die bisherigen Fehlschläge (Indonesien, Indochina) dürfen nicht entmutigen, dort ging oder geht es um lokalbegrenzte Interessen. In Korea geht es um den russischen Wunsch, aus militärischen Gründen so nahe wie möglich an die japanischen Inseln zu gelangen und um das in den letzten Tagen forcierte amerikanische Bedürfnis, dem russischen Vordringen zu begegnen. Das gibt Reibungsflächen von weltpolitischem Ausmaß und das muss auch die Anstrengungen des Weltsicherheitsrats verdoppeln.

Auf politischem Gebiet liegt die Parallele zwischen Korea und Deutschland deutlich auf der Hand. Auch hier sieht man sich der wiederholt geäußerten Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen gegenüber (wobei natürlich die Amerikaner wieder Salzwasser zwischen sich und Deutschland bringen würden), auch hier wird im Osten in der Volkspolizei eine militärähnliche Organisation aufgebaut, der Westdeutschland nichts gegenüberzustellen hat, auch hier besteht eine von Moskau eingesetzte, zielbewusst als Organ des Kreml arbeitende Regierung, auch hier die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen unter kommunistischen Vorzeichen, so daß am gegebenen Tage eine "legale" Machtergreifung mit Unterstützung der Volkspolizei erfolgen kann. Wachsammer als bisher wird man auf westdeutscher Seite die Entwicklung in der Ostzone verfolgen und schärfer nach als bisher alles unter die Lupe nehmen müssen, was an Einigungsvorschlägen aus dem Osten kommt. Die Entwicklung der Volkspolizei zu einer "nordkoreanischen Befreiungstruppe" zu verhindern, ist Sache der Besatzungsmächte.

Ostasien in Gärung

## Von unserem Ostasien-Mitarbeiter

Als John Foster Dulles, der Sommerberater des amerikanischen Aussenministeriums, kürzlich zu längeren Besprechungen in Tokio weilte, unternahm er auch einen Abstecher nach Südkorea. Dieser Abstecher blieb angesichts der bedeutungsvollen, aber geheimgeliebten Besprechungen in Tokio im grossen und ganzen unbeachtet. Vielleicht hat auch John Foster Dulles nicht geahnt, wie nahe die Katastrophe bevorstand, als er von Südkorea wieder nach Tokio zurückkehrte. Aber die Tatsache des Abstechers zeigt, dass Amerika als Siegermacht im Fernen Osten um die Gefährlichkeit des koreanischen Problems wusste. Es ist eng verknüpft mit den ungeklärten, nach einer Entscheidung drängenden Verhältnissen im gesamten ostasiatischen Raum. Sie zeigen sich besonders entscheidungsreif auf der Insel Formosa, auf Japan und - wie die jüngsten Ereignisse beweisen - auf Korea.

"Wenn wir uns nicht auf die amerikanische Seite schlagen, werden wir uns auf die sowjetrussische schlagen müssen. Selbst für eine so grosse Macht wie Grossbritannien ist Neutralität unmöglich. Es ist vollkommen klar, dass wir auch nach dem Aufhören unmittelbarer amerikanischer Hilfe ohne den Beistand der Vereinigten Staaten nicht existieren können. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf den guten Willen Amerikas zu verlassen".

Es gibt wohl kaum ein nachdenklicheres, wohl auch erschreckenderes Zeichen für die heutige politische Weltsituation im Kalten Kriege als die Tatsache, dass es nicht mehr viel Länder im weiten Umkreis der Sowjetunion gibt, aus denen eine so resignierend nüchterne Stimme nicht kommen könnte. Die hier zitierte stammt aus einer japanischen Zeitung. Weder sie, noch irgend eine andere Zeitung Tokios, noch auch die bei MacArthur akkreditierten amerikanischen und englischen Korrespondenten wissen mit Sicherheit irgend etwas Zuverlässiges von dem, was hinter dicht verschlossenen Türen im Hauptquartier des Höchstkommmandierenden der alliierten Mächte in Japan in diesen Tagen besprochen worden ist. Aber sie alle haben das sichere Gefühl, dass Japan und damit der ostasiatische Raum, an einem Wendepunkt seiner Nachkriegsgeschichte steht, einem Wendepunkt, der für das ganze, von der kommunistischen Sturzwellen noch nicht überflutete Asien von grosser Bedeutung sein kann.

Seltenerweise sind die militärischen und die politischen Be-

sprechungen im wesentlichen streng getrennt voneinander geführt worden, obwohl der amerikanische Verteidigungsminister Johnson, der Chef des vereinigten amerikanischen Generalstabes, General Omar Bradley, und der Sonderberater des amerikanischen Außenministeriums John Foster Dulles zu gleicher Zeit in Japan waren. Keiner der Gesprächsteilnehmer bezweifelt, dass die politischen und militärischen Erwägungen gerade in der japanischen Frage bis zur Verwirrung ineinandergeschachtelt sind. Dennoch behauptet Johnson in einem Atemzug, es bestünden entgegen allen Behauptungen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Acheson, aber er werde mit dessen Abgesandten nicht zusammentreffen, es sei denn zufällig...

Trotz der strengen Geheimhaltung ist vollkommen klar, worum es bei diesen Tokioter Gesprächen ging: einmal um den Separatfrieden mit Japan, zum anderen um die Sicherung militärischer Stützpunkte in und um Japan und damit um die Frage, wie das ausserchinesische Asien vor dem Kommunismus bewahrt werden kann. Der Abstecher von John Foster Dulles nach Südkorea hat das Letzte unmissverständlich deutlich gemacht. Welche Pläne zur Lösung dieser Probleme, die so etwas wie eine politische Quadratur des Kreises sind, jetzt in Tokio aufgestellt wurden, ist unbekannt und wird lange unbekannt bleiben. Es ist bereits davon gesprochen worden, dass entgegen der bisherigen Ansicht Washingtons das von der amerikanischen Regierung immer noch anerkannte Regime Tschiang-Kai-Scheks auf Formosa stärker unterstützt werden soll, weil die Insel ein wichtiges Glied in der Kette der amerikanischen Verteidigungsbasen im westlichen Pazifik darstelle. Es darf zuverlässig angenommen werden, dass hinter diesen Wandel der amerikanischen Haltung der Einfluss des mächtigen McArthur steht, der in allen entscheidenden Fragen immer noch seinen starken Willen durchgesetzt hat. -f.

#### Weniger Flüchtlinge, humaneres Gesetz

H.I. Der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat ist zum ersten Mal in Funktion getreten. Er hat das vom Bundestag verabschiedete Gesetz über die Notaufnahme illegaler Grenzgänger aus der Sowjetzone, ein seit fast einem Jahr hart umkämpftes Gesetz abgeändert und an den Bundesrat zurückgereicht. Die ursprüngliche Fassung besagte, dass die Aufenthaltsgenehmigung für das Bundesgebiet nur solchen "Personen erteilt werden darf, die wegen drohender Gefahr für Leib oder Leben" die Zonengrenze überschreiten. Schon im Bundestag hatten die

Oppositionsparteien darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz die Demarkationslinie zu einer echten Grenze stempeln und Deutschland nicht nur de facto, sondern auch deutscherseits de jure zerreißen würde. Der Bundesrat legte gegen dieses <sup>Gesetz</sup> sein erstes Veto ein.

Der Vermittlungsausschuss hat nun das Gesetz dahin gehend geändert, dass zukünftig allen Personen, die aus zwingenden Gründen die Ostzone verlassen, die Aufenthaltsgenehmigung für das Bundesgebiet "nicht verweigert werden darf". Der Passus, der einen Abschub der abgewiesenen illegalen Grenzgänger nach landesrechtlichen Bestimmungen vorsah, wurde gestrichen. Der Bundestag hat diese Keufassung in erster Lesung genehmigt. Damit sind vielleicht die juristischen Bedenken gegen das erste Gesetz entkräftet. Es ist ein Kompromiss zwischen den beiden extremen Möglichkeiten - unbeschränkte Aufnahme, fast vollständige Abweisung - formuliert worden.

Das Hauptproblem jedoch blieb ungelöst. Es heisst weiterhin: Was geschieht mit den in den Bundeslagern Ulzen und Giessen abgewiesenen Flüchtlingen? Der neue Wortlaut gestattet den Aufnahmekommissionen der Länder zweifellos, grosszügiger zu verfahren. Bisher wurden von den monatlich 6 - 8.000 allein in Ulzen eintreffenden Grenzgängern nur der fünfte Teil aufgenommen. Auch die jetzige Fassung gewährleistet noch nicht die Aufnahme aller Grenzgänger. Ein grosser Teil von ihnen wird auch zukünftig dazu verdammt sein, sich ohne Heimatrecht illegal im Bundesgebiet aufhalten zu müssen. Sie werden in den Flüchtlingsnotländern an der Zonengrenze, besonders in Niedersachsen, weiterhin die Landstrassen, Scheunen und Behelfsunterkünfte bevölkern, wenn sie in Ulzen den ablehnenden Bescheid erhalten haben. Niemand wird sich um sie kümmern können, da sie nicht registriert sind und deshalb für die Behörden auch nicht existieren.

Es muss nun gefordert werden, dass die Länder ihren Vertretern in den Aufnahmekommissionen in Ulzen und Giessen Anweisung geben, die jetzt ermöglichte humanere Lösung auch wirklich zu praktizieren. Die Mitteilung des Statistischen Amtes, dass der Einwanderungsstrom gegenüber dem Vorjahre beträchtlich, nämlich um 20 Prozent, gesunken ist und weiterhin sinkt, erleichtert diese Forderung. Die Schwierigkeiten, die die Unterbringung von jährlich vielleicht 100.000 Menschen machen werden, müssten bei einer einigermaßen planmässig gelenkten Wirtschaftspolitik zu bewältigen sein. Diese Schwierigkeiten wiegen weitaus leichter als die enttäuschte Hoffnung von 20 Mill. Deutschen in der Mittelzone, die sich als Deutsche von Deutschen abgeschrieben fühlen, wenn die Bundesregierung in dieser Frage nicht eine gesamtdeutsche Politik betreibt, die sie sonst zu verfolgen so laut vorgibt.

Nachrichten aus der Ostzone:Die Rote Armee fordert mehr Lebensmittel an

sp. Das Landwirtschaftsministerium von Thüringen erhielt einen sowjetischen Befehl, wonach die an die Rote Armee zu liefernden Mengen an Lebensmitteln beträchtlich erhöht werden. Diese Maßnahme trifft die Bevölkerung in den Monaten vor der neuen Ernte besonders schwer.

## Die Sowjets fordern:

	<u>jetzt:</u>	<u>vorher:</u>
Kartoffeln	30 500 t	25 500 t
Gemüse	10 000 t	8 000 t
Butter	12 000 t	9 500 t
Fett	10 000 t	8 000 t
Speck	2 000 t	1 200 t
Fleisch	9 500 t	7 500 t
Obst, frisch	13 000 t	11 000 t
konserviert	23 000 t	19 000 t
Roggenmehl	32 000 t	28 000 t
Weizenmehl	41 000 t	37 000 t
Zucker	60 000 t	52 000 t
Milch	2.750 500 Ltr.	2.200 000 Ltr.
Eier	3.500 000 St.	2.750 000 St.
Käse	14 000 t	9 000 t

Nach einer weiteren Anweisung müssen bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften Reservebestände für etwaige weitere Anforderungen angelegt werden.

Straflager für westdeutsche Grenzgänger

sp. In Arnstadt in Thüringen befindet sich ein Straflager für westdeutsche illegale Grenzgänger, die auf ostzonaler Seite bei dem Versuch ergriffen werden, die Zonengrenze illegal zu überschreiten. Das Lager steht unter der Leitung des Volkspolizei-Oberkommissars Willi Gleissner. Die Festgenommenen werden willkürlich lange und ohne Meldung an die westdeutschen Heimatbehörden gefangen gehalten. Bei sehr schlechter Verpflegung werden diese Personen zu zehnstündiger Arbeitszeit im Thüringer Wald gezwungen.

"...kann nach § 6 beseitigt werden"

sp. Im Brandenburgischen Volksbildungsministerium sprach der SED-Organisationssekretär Klaus über die Bedeutung der Nationalen Front. Er sagte u.a.: "Wer die zehn Punkte der Nationalen Front ablehnt, ist gegen uns. Er wird von uns als Hochverräter bezeichnet, der auf Grund des § 6 der Verfassung beseitigt werden kann. Es gibt entweder Anhänger der Nationalen Front oder es gibt Hochverräter." Klaus sprach kurz nach seiner Rückkehr von einem Lehrgang auf der Verwaltungsakademie in Zinna.

Das Kommuniquée der PV-Sitzung in Bonn.

sp. Bonn, am 25. Juni

Auf seiner Sitzung am 24. Juni in Bonn befasste sich der Vorstand der SPD mit der allgemeinen aussenpolitischen Situation und mit der grundsätzlichen Verfahrensordnung für die Auswahl der deutschen Delegierten beim Europa-Rat. Nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und anschließender Diskussion vertrat der Parteivorstand einstimmig die Ansicht, dass allein der Bundestag berechtigt sein sollte, Delegierte für die Strassburger Institution zu benennen, und dass auch nur Mitglieder des Bundestages in den Europa-Rat entsandt werden sollten. Der einer solchen Regelung entgegenstehende Beschluss des Bundesrates vom 23. Juni wurde als Ausdruck neuer, unangebrachter Föderalisierungsbestrebungen und als ein Rückschritt gegenüber dem Grundgesetz abgelehnt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Besprechung der Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen und der Abstimmung über die Verfassung dieses Landes. Oberbürgermeister Fritz Hensler, Dortmund, Vorsitzender des Landesausschusses der SPD in Nordrhein-Westfalen und der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, gab eine gründliche Analyse des Ergebnisses, die den Eindruck von der beherrschenden Einflussnahme der Kirche zugunsten der CDU bestärkte. Die sozialdemokratische Stellungnahme in den kommenden Besprechungen über die Bildung der künftigen Regierung von Nordrhein-Westfalen wird durch die neugewählte sozialdemokratische Landtagsfraktion festgelegt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenhauer berichtete über die Internationale Konferenz von COMISCO in Kopenhagen und über die Schuman-Plan-Konferenz der von der Labour Party eingeladenen sozialistischen Parteien in London, das Vorstandsmitglied Fritz Heine über den Parteitag der Französischen Sozialistischen Partei.

Der Sekretär der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Wilhelm Mellies, berichtete über die Tätigkeit der Fraktion in der jüngsten Zeit. In der Diskussion wurden von verschiedenen Mitgliedern des Parteivorstandes eine Reihe von praktischen Hinweisen und Anregungen für die weitere Arbeit der Fraktion gegeben.

Der Parteivorstand forderte in Übereinstimmung mit einem Beschlusse der Jugendorganisation "Die Falken" den Ausschluss der FDJ von:

1. staatlichen oder kommunalen Zuwendungen,
2. dem Mitwirkungsrecht in staatlichen und kommunalen Beratungskörperschaften,
3. der Benutzung öffentlicher Jugendpflege-Einrichtungen,
4. steuerlichen Vergünstigungen,
5. Fahrpreiserlässigungen,
6. korporativer Mitgliedschaft in demokratischen Organisationen, wie z.B. dem deutschen Jugendherbergswerk.

Alle Jugendverbände, alle parlamentarischen und behördlichen Körperschaften, insbesondere die Jugendpflegebehörden, werden aufgefordert, schnellstens Massnahmen in vorgeschlagenem Sinne einzuleiten und durchzuführen.

Zu einem Konsumgenossenschaftstag in München vom 24. - 27. Juli wird der Parteivorstand seine Mitglieder Alfred Nau-Hannover und Willi Fischer-Nürnberg entsenden, an dem am 15. und 16. Juli in Göttingen stattfindenden Dritten Deutschen Sozialistischen Ärztekongress wird das Vorstandsmitglied Anni Krahnstöver-Kiel teilnehmen.